

# In Deutschland wird jetzt weniger Demokratie gewagt

Von Henryk M. Broder | Stand: 18.10.2016 | Lesedauer: 7 Minuten



Quelle: dpa/dpa-ZB

Lange hieß es, das Volk solle sich mehr für Politik engagieren. Wenn es das tut, aber gegen Energiewende, gegen Islamisierung, gegen Merkel – dann ist es der Mehrheitsmoral auch wieder nicht recht.

Sagt Ihnen der Begriff „Politikverdrossenheit“ noch etwas? Vor ein paar Jahren war er in aller Munde, kaum eine Talkrunde, die sich nicht mit der Frage nach den Ursachen der „Politikverdrossenheit“ beschäftigt und nach Wegen gesucht hätte, „die Bürgerinnen und Bürger“ beziehungsweise „die Wählerinnen und Wähler draußen im Lande“ wieder für Politik zu begeistern.

Die Politik müsse „bürgernäher“ werden, die „Ängste und Sorgen der Menschen ernst nehmen“ und sie „da abholen, wo sie sind“. Das hörte sich an, als hätten die Politiker

begriffen, dass sie Dienstleister sind, die sich um ihre Kunden bemühen müssen wie ein Kneipenwirt, der durch schlechten Service und überhöhte Preise das Vertrauen seiner Gäste verspielt hat und nun Besserung verspricht, meistens mit dem irreführenden Hinweis: „Neu eröffnet!“

Allerdings hätte man damals schon merken können, dass in dem Versprechen, man wolle und werde „die Menschen dort abholen, wo sie sind“, nur die Arroganz zutage trat, die unter den Teppich der erzwungenen Einsicht gekehrt werden sollte.

## **Niemand muss „abgeholt“ werden**

Die „Menschen draußen im Land“ sind keine Kinder, die sich im Wald verlaufen haben und nun darauf warten, abgeholt und auf den richtigen Weg zurückgeführt zu werden. Und Politiker sind nicht Angehörige der Bergwacht, die leichtsinnige Ausflügler aus einer Notlage retten müssen.

Niemand, von ein paar Betrunkenen beim Oktoberfest abgesehen, muss „abgeholt“ werden. Ein Politiker, der so etwas zum Sinn und Ziel seiner Arbeit erklärt, verachtet diejenigen, denen er sein Amt verdankt. Er ist der Vormund, und sie sind seine Mündel.

Die Klage über die „Politikverdrossenheit“ der Bürgerinnen und Bürger wird meistens mit der niedrigen Wahlbeteiligung begründet. Sowohl bei Kommunal-, Landtags- wie Bundestagswahlen stellen die Nichtwähler seit Langem das größte Kontingent.

Das kann als Gleichgültigkeit, als stiller Protest, aber auch als Zeichen des Vertrauens in die Regierenden gedeutet werden. Die werden es schon richten!

## **Politiker flehen die Wähler an**

Das Wahlrecht regelt nicht nur den Wahlvorgang („allgemein, unmittelbar, frei, gleich und geheim“), es schließt auch das Recht ein, nicht wählen zu müssen, so wie Religionsfreiheit über die freie Wahl der Zugehörigkeit zu einer Religionsgemeinschaft hinaus bedeutet, dass niemand gezwungen wird, sich einer Konfession anzuschließen.

Pfarrer und Pastoren haben sich inzwischen damit abgefunden, vor halb leeren Kirchen zu predigen. Politiker brauchen zu ihrer Selbstlegitimierung möglichst hohe Zustimmungsraten. Es macht sich einfach nicht gut, im Namen der „Wählerinnen und Wähler“ zu sprechen, wenn die Wahlbeteiligung knapp unter oder über 50 Prozent dümpelt.

Deswegen flehen Politiker aller Parteien vor jeder Wahl die Wähler an: „Geht wählen! Egal, wem ihr eure Stimme gebt, bleibt nicht zu Hause!“ Wobei immer wieder darauf verwiesen wird, unter welchen Opfern das Wahlrecht erkämpft wurde.

Was etwa so sinnvoll ist, als würde der Kapitän der „Queen Mary 2“ die Passagiere an Bord seines Dampfers vor jedem Abendessen daran erinnern, wie viele Reisende beim Untergang der „Titanic“ ertrunken sind.

## **Wahlbeteiligung zum Nachteil etablierter Parteien**

Allerdings: Auch die Höhe der Wahlbeteiligung ist keine objektive, sondern eher eine gefühlte Größe. Bei der letzten Landtagswahl in Mecklenburg-Vorpommern, Anfang September dieses Jahres, lag sie bei 61,9 Prozent, 10,4 Prozent mehr als fünf Jahre zuvor.

Doch die Freude darüber hielt sich in Grenzen. Denn es war ausgerechnet die AfD, die es geschafft hatte, Nichtwähler zu mobilisieren. Sie kam aus dem Stand auf 20,8 Prozent der Stimmen. In diesem Fall arbeitete die sonst ersehnte hohe Wahlbeteiligung zum Nachteil der etablierten Parteien und zugunsten einer neuen Partei, deren Erfolg als eine Bedrohung der Demokratie empfunden wurde.

Inzwischen sitzt die AfD in neun Landtagen; das Alleinstellungsmerkmal der Bundesrepublik, kein „rechtspopulistisches“ Angebot im Parteiensortiment zu haben, hat sich in Luft aufgelöst.

In England ist es die Ukip, in Frankreich der Front National, in Dänemark die Dänische Volkspartei, in Holland die Partei der Freiheit, in Österreich die FPÖ, in der Schweiz die

SVP, in Italien die Fünf-Sterne-Bewegung, in Ungarn die Jobbik, in Finnland sind es die Wahren Finnen, in Schweden die Schweden-Demokraten – und in Deutschland die AfD.

## **Der deutsche Traum von der Demokratie**

Man könnte sagen: Endlich ist Deutschland in Europa angekommen, der deutsche Traum von einer „Normalisierung“ ist Wirklichkeit geworden. Es könnte aber auch die Variante eines alten chinesischen Fluches sein: Mögen alle deine Träume wahr werden!

Der eigentliche deutsche Traum von einer Demokratie ist eine Idylle. Ein Schrebergarten voller Gartenzwerge, die „Wir sind alle kleine Sünderlein“ singen. Im Grunde sitzen wir doch alle im gleichen Boot und ziehen am selben Strang.

Wenn ein Problem auftaucht, das gelöst werden soll, versammeln wir uns an einem runden Tisch, um zielführend aber dennoch ergebnisoffen auf gleicher Augenhöhe miteinander zu sprechen.

Zu den Standardfloskeln deutscher Korrespondenten, die aus den USA, England oder Israel berichten, also Ländern mit einer entwickelten Streitkultur, gehört der Satz, das Land sei „tief gespalten“.

Wir wollen lieber „versöhnen statt spalten“. Kaum ein Wort zum Sonntag, das ohne diese Floskel auskäme. Als ob es eine Demokratie ohne Risiken und Nebenwirkungen geben könnte.

## **Demokratie ist Work in Progress**

Die deutsche Demokratie baut auf den Konsens und ist radikal mittig. Wer die neudeutsche „Willkommenskultur“ für eine Autoimmunschwäche hält, der wird umgehend dem „rechten Rand“ zugeschlagen oder gleich zum „Nazi“ erklärt.

Demokratie aber ist kein exklusiver Golfklub, dessen Mitglieder darüber entscheiden,

wer neu aufgenommen wird; auch keine Benetton-Boutique, in der die Pullover nach Farben und Größen geordnet liegen. Eine Demokratie, sagt der Schweizer Publizist Frank A. Meyer, „ist eine Werkstatt, in der rund um die Uhr gearbeitet wird“.

Da wird geschweißt, gesägt, geschraubt und gehämmert, da fliegen Funken durch die Luft, da muss auch mal aufgeräumt und gekehrt werden. Eine Demokratie ist Work in Progress, ein System kommunizierender Röhren.

Wer sich darüber freut, dass wir jetzt „Menschen geschenkt“ kriegen und dass sich „unser Land ändern wird, und zwar drastisch“, der sollte nicht übersehen, dass es auch Menschen gibt, die sich ihre Geschenke gerne selber aussuchen und drastische Veränderungen im Leben nicht mögen.

Diese Menschen arbeiten weder in Thinktanks, Parteibüros oder Nichtregierungsorganisationen, sie produzieren keine Machbarkeitsexpertisen und keine Nachhaltigkeitsstudien, sie sitzen nicht in Talkshows, sie wundern sich nur, dass sie für den Strom immer mehr zahlen müssen, obwohl er an der Strombörse immer billiger wird.

Aus solchen Erfahrungen mit „Geschenken“ und „drastischen Veränderungen“ speist sich deren Misstrauen in großmäulige Versprechen.

## **Was ist mit dem „Rechtsruck“?**

Diesen „Ruck nach rechts“ hat der Berliner Professor Harald Welzer vor Kurzem aus der Sicht eines Sozialpsychologen analysiert. Der Ruck, sagt Welzer, habe zwar stattgefunden, sei aber bedeutungslos, weil er „inhaltlich nicht legitimiert“ ist. Soll heißen, die rechten Positionen passen nicht in die politische Landschaft.

Es dürfe auch nicht übersehen werden, so Welzer, „dass mehr als 80 Prozent der Bevölkerung freiheitlich und demokratisch und **ganz ordentlich** die etablierten Parteien wählen“, und nur circa 15 Prozent „das eben nicht tun“. Es könne auch keine Rede davon sein, „dass sich die Stimmung im ganzen Land verändert hätte“, das

Gegenteil sei der Fall.

Wenn aber alles so gut läuft, wenn der „Rechtsruck“ zwar stattgefunden hat, aber mangels inhaltlicher Legitimation folgenlos geblieben ist, worüber regt sich Professor Harald Welzer dann auf?

Darüber: Es gehe nicht an, dass ausgerechnet am Einheitsfeiertag „Leute im Zentrum der Feierlichkeiten stehen und volksverhetzende Parolen brüllen können“, es sei ihm „rätselhaft, warum die Leute nicht verhaftet werden“.

## **Wir bewegen uns in eine betreute Demokratie**

Man muss den Leuten eben beibringen, nicht nur *ganz ordentlich* die etablierten Parteien zu wählen, sondern auch *ganz ordentlich* zu demonstrieren: Mit Winkelementen, die von den Organisatoren der Demonstration verteilt werden, und Parolen, die der Regierung Respekt bekunden.

Es wäre früher auch niemandem eingefallen, sich an Kaisers Geburtstag vor das Brandenburger Tor zu stellen und „Der Kaiser muss weg!“ zu rufen. Der Ruf „Merkel muss weg!“ erfüllt gleich zwei Tatbestände: der Volksverhetzung und Majestätsbeleidigung. Wer heute ordentlich demonstrieren möchte, zumal am Feiertag der nationalen Einheit, der sollte sich konstruktiv verhalten und „Merkel muss bleiben!“ schreien.

Und so bewegen wir uns langsam aber stetig aus einer unvollkommenen, aber gut funktionierenden Demokratie, in der alles erlaubt war, was nicht ausdrücklich verboten war, in eine betreute Demokratie, in der alles verboten sein wird, was nicht ausdrücklich erlaubt ist: Kritik an der Regierung, Misstrauen gegenüber der EU, Skepsis gegenüber dem Islam, Zweifel an der Klimakatastrophe, Bedenken gegen die „Demokratieabgabe“, Einwände gegen die Energiewende.

Fast ein halbes Jahrhundert, nachdem der damalige Bundeskanzler Willy Brandt angekündigt hatte, „mehr Demokratie“ zu wagen, findet die Lösung „Weniger

Demokratie wagen!“ immer mehr Zuspruch.

© WeltN24 GmbH 2016. Alle Rechte vorbehalten.

## ANZEIGE

von Ligatus



### Wie viel Vitamin-D?

Erfahren Sie hier alles über Bedarf und Versorgung mit Vitamin-D.

### Tipps gegen Übersäuerung

Die richtige Ernährung für den Säure-Basen-Ausgleich. Diese Tipps sorgen für mehr Energie.

### 1814€ am Tag?

25 Jähriger verdient mit einer simplen Methode über 1814€ am Tag. Wie geht das?

Ein Angebot von WELT und N24.

© WeltN24 GmbH

Die WELT als ePaper: Die vollständige Ausgabe steht Ihnen bereits am Vorabend zur Verfügung – so sind Sie immer hochaktuell informiert. Weitere Informationen: <http://epaper.welt.de>

Der Kurz-Link dieses Artikels lautet: <https://www.welt.de/158864827>